

Eine klimagerechte Mobilität für alle ist in unserem Land erreichbar



Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller*in: KV Tübingen

Beschlussdatum: 25.11.2020

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 47 bis 53:

Als kurzfristiges Etappenziel müssen wir ~~bis 2030~~ unsere CO₂-Emissionen mindestens um ~~40 Prozent~~ die Vorgabe des EU-Parlaments senken. Dazu sind enorme Anstrengungen notwendig: Wir müssen den öffentlichen Verkehr ~~verdoppeln~~ vervielfachen und die Anzahl der Strecken in den Städten, die mit dem Auto zurückgelegt werden, ~~um~~ auf höchstens ein Drittel reduzieren. Wir erreichen ~~unser Ziel~~ dieses wichtige Ziel auf dem Weg zur Klimaneutralität nur, wenn bis ~~2030 jedes dritte Auto~~ dahin viel weniger Autos fahren und die wenigen verbleibenden das dann klimaneutral fährt, jeder tun. Jeder zweite Weg sollte zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt ~~und jede dritte Tonne im Güterverkehr~~ werden, 80 Prozent des Güterverkehrs sollte klimaneutral transportiert ~~wird~~ werden. Unser Ziel muss es darüber hinaus sein, spätestens 2040 eine vollständige Klimaneutralität zu erreichen.

Begründung

In einem Wahlprogramm sollten primär Ziele für die kommende Wahlperiode stehen. Ziele, die darüber hinaus gehen, werden gern bis zum Sankt-Nimmerleinstag verschoben in der irrigen Annahme, es wäre noch Zeit in einer weiteren Legislaturperiode. Sie werden in diesen Fällen auch gern dem Koalitionsfrieden geopfert. Diese Zeit steht uns eigentlich nicht mehr zur Verfügung. Um es in einer Metapher hart zu sagen, die Hütte brennt bereits lichterloh, Eimer reichen da nicht mehr, es müssen große Schläuche her. Mit dem derzeit ausgestoßenem CO₂ sind wir bereits bei 1,2°, jede weitere Tonne CO₂ verschiebt das weiter nach oben.

Das Pariser Klimaschutzabkommen definiert einen Korridor, zwischen 1,5° und 2° bis 2050. Je eher wir entschlossen handeln, desto eher bewegen wir uns am unteren Ende dieses Korridors und retten wichtige Ökosysteme. Mittlerweile scheint die Erreichbarkeit des 1,5° Ziels ausgeschlossen zu sein, weil das entschlossene Handeln sehr oft gefehlt hat.

Das Kontingent an CO₂-Ausstoß, der weltweit noch machbar wäre, um das 1,5° Ziel zu halten, ist bereits in knapp über 7 Jahren erschöpft. Daher ist es nahezu unmöglich, dieses Ziel noch bis 2030 zu erreichen. Für 2° reicht uns das Kontingent zwar noch ca. 22 Jahre, das sollte uns aber nicht dazu bringen, uns auf dem Erreichten auszuruhen und damit erneut zu spät weiter zu machen. Die, auch sozialen, Einschnitte werden umso härter, je länger wir warten. In unser aller Interesse muss es daher sein, möglichst schnell und frühzeitig dagegen zu steuern. Das geht nur mit ambitionierten Zielen, die sofort angegangen werden müssen. Die Bunderegierung hat mit immer neuen Kommissionen (siehe Kohleausstieg) das Thema viel zu lange ausgesessen. Und sich dann auch noch über das Ergebnis der Kommissionen hinweg gesetzt. Bisher ist kein einziges der vorhandenen Ziele jemals wirklich erreicht worden, im Verkehrssektor nahm der CO₂-Ausstoß sogar zu. Für uns als Grüne kann das nur bedeuten, in einem GRÜN regiertem Land besonders hohe Anstrengungen zu unternehmen, um wenigstens von unserer Seite aus den CO₂-Ausstoß massiv einzugrenzen. Für das Erreichen unserer Ziele muss alles getan werden. Unser Ziel kann und darf auch vor dem

Hintergrund einer sich neu bildenden Klimaliste nicht sein, das Ziel so zu setzen, dass es in jedem Fall erreichbar ist. Es muss, darf und soll eine große Herausforderung an alle darstellen.

Die Entscheidung muss jetzt fallen, ob wir, obwohl an der Regierung nicht nur beteiligt, sondern in Baden-Württemberg mit der Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten ausgestattet, weiterhin nur das machen wollen, was wir gemeinsam mit unserem jeweiligen Koalitionspartner durchsetzen können, oder ob wir versuchen, deutlich mehr herauszuholen. Immerhin haben mittlerweile alle Parteien das Thema Klimaschutz für sich erkannt. Da kann es doch nicht sein, dass wir weiterhin mit nicht weit genug gehenden Kompromissen agieren und uns unambitionierte Ziele setzen, die in der nicht unmittelbaren Zukunft liegen (≥ 2030) oder welche die Reduktion in so niedrigen Prozentzahlen anstrebt, dass sie tatsächlich keine Herausforderung darstellen. Wir müssen an der Aufgabe auch wachsen!

Den Klimawandel radikal angehen heißt, sich die im Programmentwurf enthaltenen Ziele bereits als Ziele der kommenden Legislaturperiode zu setzen, und nicht zu warten!